

Aktuelle Post

aus dem Kreistag (29)



31. Oktober 2025

Sehr geehrte Leser:innen!

Liebe Freund:innen! Liebe Genoss:innen!

Die Kreistagssitzung am 29. Oktober war eine kurze Sitzung mit einer kleinen Tagesordnung. Man spürt, dass sich die Fraktionen auf die Haushaltsdebatte am 3. Dezember vorbereiten und dass derzeit überall die Kommunalwahlen am 15. März 2026 geplant werden. Das ist viel Arbeit und beschäftigt natürlich auch DIE LINKE. Kreistagsfraktion.

Wir berichten über die Dringlichkeitsanträge der Koalition aus SPD und CDU, die sich mit der Streichung des ICE-Verkehrs am Friedberger Bahnhof befassen. Dazu gab es Änderungsanträge der Grünen und der FDP. Zudem gab es Nachfragen zur Zukunft der Wetterauer Berufsschulen. Wegen der kleinen Tagesordnung können wir heute die Gelegenheit wahrnehmen und über Anträge und Initiativen der Fraktion DIE LINKE. informieren, die uns in den letzten Monaten beschäftigt haben.

Wir freuen uns wieder über Anregungen und Kritik. Wir bedanken uns bei allen Interessierte Menschen, die uns mit ihren Hinweisen und mit einem kritischen Blick unterstützt haben.

Darüber berichten wir in der heutigen Ausgabe:

1. Deutsche Bahn plant, den ICE-Verkehr am Bahnhof Friedberg einzustellen.
Dringlichkeitsanträge der Koalition, der Grünen und der FDP.
2. Das Land legt ein Konzept „Zukunftsfähige Berufsschulen“ vor. Der Kreisausschuss soll über die Auswirkungen auf die Wetterauer Berufsschulen Bericht erstatten.
3. Bezahlkarte für Geflüchtete: Anfrage DIE LINKE. und Umsetzung im Wetteraukreis.
4. Es gibt immer öfter Beschwerden, dass es schwierig sei, Behörden zu kontaktieren.
Anfragen DIE LINKE. zur Jobcenter-APP und der Praxis anderer Amtsstellen des Wetteraukreises.
5. Anfragen DIE LINKE. zum „Aktionsplan Inklusion“.

RÜCKLICHT

Arbeitsbericht 2021 bis 2026



Die Linke
FRAKTION IM KREISTAG
DER WETTERAU

DIE LINKE. hat am 27. September 2025 eine Kandidat:innenliste für die **Kreistagswahl** am 15. März 2026 aufgestellt. 37 Kandidat:innen wurden gewählt. Es kandidieren mehr Frauen als Männer. Zudem werden derzeit in verschiedenen Kommunen eigene Listen aufgestellt: Friedberg, Karben, Niddatal, Bad Vilbel, Butzbach und Altenstadt.

Das sind die ersten drei Plätze für die Kreistagswahl:



Julian Eder
Fachkraft für
Abwassertechnik



Gabi Faulhaber
Sonder- und Heil-
pädagogin, Rentnerin



Anja ElFechtali
Erzieherin, saisonale
Angestellte

Die Kreistagsfraktion der Linken hat einen Arbeitsbericht für die Wahlperiode 2021 bis 2026 erstellt. Nach der Haushaltsdebatte im Dezember 2025 ist er im Roten Laden, an Infoständen und Veranstaltungen erhältlich. Dann wird er auch online gestellt unter www.die-linke-wetterau.de.



Große Aktionen für Frieden. Nachdem schon am 30. August 25.000 Menschen in Frankfurt für ein Ende des Genozids in Gaza demonstriert hatten, wurde diese Teilnehmerzahl am 27. September nochmal weit übertroffen: 100.000 Teilnehmer:innen kamen zur bundesweiten Gaza-Demo nach Berlin. (*links*) Und schon am 3. Oktober fanden erneut zwei Demonstrationen für den Frieden statt. In Stuttgart mit 15.000 und in Berlin mit 25.000 Teilnehmer:innen. DIE LINKE. Wetterau hatte einen Bus nach Stuttgart organisiert. (*unten*)



Deutsche Bahn plant, den ICE-Verkehr am Bahnhof Friedberg einzustellen.

Die Koalition aus SPD und CDU hat mit einem Dringlichkeitsantrag auf die Pläne der Bahn aufmerksam gemacht, den ICE-Verkehr am Bahnhof Friedberg einzuschränken.

Im Antrag heißt es: „Für einen wachsenden Landkreis wie den Wetteraukreis ist eine gute und verlässliche Anbindung an den Fernverkehr von zentraler Bedeutung. Dies gilt gleichermaßen für Berufspendlerinnen und -pendler sowie Anwohnerinnen und Anwohner, Unternehmen und Gäste. Der ICE-Halt in Friedberg ist ein wichtiger Standortfaktor und trägt seit vielen Jahren zur überregionalen Erreichbarkeit der Kreisstadt sowie des Wetteraukreises bei. Ein Verlust dieser Erreichbarkeit ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund der stetigen Bestrebungen, eine nachhaltige Verkehrsinfrastruktur zu gewährleisten, aus unserer Sicht nicht hinnehmbar.“

Der Kreistag beschloss eine Stellungnahme gegen die Streichung der ICE-Verbindungen aus, die den Knotenbahnhof Friedberg (Hessen) betreffen. Die Bahn wird aufgefordert, den ICE-Halt in Friedberg im bisherigen Umfang weiter zu bedienen. Der Kreisausschuss wurde beauftragt, diesen Beschluss an die Deutsche Bahn AG sowie den Bundesverkehrsminister zu senden.

Wir haben zugestimmt. Auch dem zusätzlichen Antrag der FDP, dass sich die Wetterauer Bundestagsabgeordneten für die Beibehaltung des ICE-Verkehrs stark machen sollen.

Konzept „Zukunftsfähige Berufsschulen

Zum Sachverhalt: Das Hessische Kultusministerium arbeitet seit einigen Jahren an einer grundlegenden Reform der Berufsschulen und einer damit einhergehenden veränderten Ressourcenzuweisung. Die neuen Standortkonzepte sollen mit Schulträgern, Schulen und der Wirtschaft erarbeitet werden. Bei diesem Projekt geht es um Fragestellungen, die für die beruflichen Schulen von existenzieller Bedeutung sind: Mindestgrößen von Berufsschulklassen und nach welchem Verfahren zukünftig Fachklassenstandorte gebildet werden, wenn einzelne Berufsschulen die Ausbildung in bestimmten Berufen nicht aufrechterhalten können.

Bereits im April 2021 hatte das HKM die Mindestklassengrößen neu festgelegt: Von bisher 15 Schülerinnen und Schülern auf 12 im ersten, 9 im zweiten, 8 im dritten und 5 im vierten Ausbildungsjahr. Wenn in zwei aufeinanderfolgenden Jahren die Mindestklassengrößen nicht erreicht werden, muss demnach die Beschulung eines Ausbildungsberufes an der betreffenden Schule auslaufen. Bestehende Ausbildungsverträge seien nicht betroffen. Die Beschulung soll dann an ausgewählten Standorten konzentriert werden. Was auf den ersten Blick positiv erscheint (Absenkung der Mindestklassengrößen), führt in der Praxis zu erheblichen Problemen.

Bisher praktizierte Ausnahmeregelungen, z.B. durch jahrgangsübergreifenden Unterricht in Form von modularisierten Unterrichtsinhalten, sind dann nicht mehr zulässig. Im ländlichen Raum, z.B. auch in der Wetterau, wird die Beschulung in manchen Berufen gefährdet. Die Erwartung, dass durch Konzentration der Beschulung an ausgewählten Standorten wieder größere Lerngruppen entstehen, ist erfahrungsgemäß ein Trugschluss. Wenn sie zur Berufsschule weite Entfernungen zurücklegen müssen, weil die nächstgelegene Schule ihre Fachklasse schließen musste, werden sich Jugendliche und junge Erwachsene, die an einer Ausbildung, z.B. in einem Handwerksberuf,

interessiert sind, anders orientieren. Durch steigende Fahrtkosten und Zeitaufwand würde die Ausbildung - zumal in einem mäßig entlohnenden Beruf - für viele unattraktiv. Die Rechnung, dass aus zwei oder drei Lerngruppen an unterschiedlichen Standorten eine große Lerngruppe gebildet werden könnte, wird so nicht aufgehen, sondern der Ausbildungsberuf wird in weiten Bereichen verschwinden. Betriebe werden in der Folge die Ausbildung dauerhaft aufgeben.

Wegen dieser Entwicklung begrüßt DIE LINKE. Fraktion den Antrag der FDP, dass im Bildungsausschuss ausführlich über die Auswirkungen des Landeskonzpts „Zukunftsfähige Berufsschulen“ berichtet wird. Und dass darüber nachgedacht wird, wie man die Interessen der Berufsbildung in der Wetterau als Schulträger aktiv vertreten könnte.

Bezahlkarte für Geflüchtete – Anfrage DIE LINKE. - Stand der Umsetzung im Wetteraukreis

2024 erfand die Bundesregierung die Bezahlkarte für Geflüchtete im Asylbewerberleistungsbezug. In der Wetterau wurde die Bezahlkarte im Sommer 2025 eingeführt. Zu Redaktionsschluss hatten 500 Geflüchtete bereits eine Bezahlkarte.

Die Leistungen für Asylsuchende nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) sollen zukünftig ausschließlich auf diese Bezahlkarte gebucht werden. Bargeld soll es nicht mehr geben – lediglich 50 Euro pro Monat sind erlaubt. Die Bezahlkarte ist eine Guthabekarte ohne Kontobindung. Überweisungen und Lastschriften sind eingeschränkt oder sogar ausgeschlossen. Geldtransfers ins Ausland sind ausgeschlossen.

Es gibt eine Whitelist und eine Blacklist, mit denen geregelt ist, welche Geldtransfers möglich sind und welche nicht. Bei Aushändigung vereinbart die Kreisverwaltung mit dem Geflüchteten persönlich, was genau überwiesen werden darf: Zum Beispiel der Handyvertrag. Bestellungen im Internet-Shop werden einzeln geprüft und gegebenenfalls freigegeben. Wirklich! Da sitzt jemand und prüft jeden Posten einzeln, ob der überhaupt nötig ist oder nicht!

Spätestens hier wird deutlich, dass es nur um Schikane geht. Und die Regierung lässt sich diese Schikane ziemlich viel kosten. Juckt die in Berlin und Wiesbaden aber nicht, denn den zusätzlichen Verwaltungsaufwand muss der Wetteraukreis bezahlen. Lediglich die Kosten des Kartenverkehrs werden vom Land getragen.

Die Bezahlkarte funktioniert nur in Geschäften mit dafür ausgestatteten Lesegeräten, z.B. für Mastercard oder VISA. Vielerorts kann man sie nicht einsetzen, etwa auf Flohmärkten, in Second-Hand-Läden, beim Gemeindefest oder in der Schulcafeteria. Man kann nicht über Kleinanzeigen billig einkaufen. Es wird unmöglich, sich gegenseitig solidarisch zu unterstützen, wenn Zahlungen der Ämter ausbleiben.

Für die Menschen bedeutet dies alltäglich Diskriminierung und Stigmatisierung. Eine Einschränkung von Überweisungen führt zu gesellschaftlichem Ausschluss von Geflüchteten: Die Mitgliedschaft in Sport- und gemeinnützigen Vereinen, der Kauf eines Deutschlandtickets, der günstige Einkauf im Internet – all dies wird erschwert oder gar verhindert.

Zudem kann es gravierende Auswirkungen auf den Zugang zu einer rechtlichen Vertretung haben.

Oft gibt es am Wohnort keine spezialisierten Asylanwält:innen, deshalb greifen Geflüchtete auf Kanzleien zurück, die weiter entfernt sind. Ohne Überweisungsmöglichkeit müssten sie dort jeden Monat persönlich erscheinen, um die vereinbarten monatlichen Raten per Bezahlkarte zu zahlen.

DIE LINKE. lehnt die Bezahlkarte ab. Sie ist ein Instrument der Schikane. Auf dem Rücken von Asylbewerber:innen ausprobiert, liebäugeln bereits einige Bundesländer und Kommunen mit der Einführung der Bezahlkarte für Bürgergeldempfänger:innen.

Es ist vorhersehbar, dass die propagierten Ziele der Bezahlkarte nicht erreicht werden. Wollte man die Migration wirklich senken, müssten die Fluchtursachen beseitigt werden. Und die schafft Deutschland derzeit massenhaft mit Unterstützung von Kriegen, Waffenlieferungen und Umweltzerstörung. Stattdessen hat die Debatte um die Bezahlkarte rassistische Vorurteile und Hetze gegen Geflüchtete noch salonfähiger gemacht.

Ist es nicht schizophren, dass unserem Land, dessen Wirtschaft und dessen Öffentliche Dienste tagein tagaus nach Fachkräften schreien, nichts anderes einfällt, als Migranten die Integration zu erschweren?

Um uns über die Bezahlkarte im Wetteraukreis zu informieren, haben wir diese Anfrage gestellt. Hier kann sie nachgelesen werden:

<https://die-linke-wetterau.de/anfrage-zur-einfuehrung-der-bezahlkarte-fuer-gefluechtete/>

Anfragen: Kontakt zu den Behörden.

Jobcenter APP und Praxis der Amtsstellen des Wetteraukreises

Die Verwaltung wird digitalisiert. Das ermöglicht zweifellos mehr Effizienz. Aber erreicht man damit auch mehr Bürgernähe? Vermehrt erreichen DIE LINKE. Kreistagsfraktion Nachrichten von Bürger:innen, die Probleme haben, für ihre Angelegenheiten in der Kreisverwaltung einen Ansprechpartner zu finden.

In der SOS-Sozialsprechstunde im Roten Laden (montags und donnerstags Nachmittag, Usagasse 26, Friedberg) bemerken wir, dass Hilfesuchende zunehmend keine analogen Anträge mehr erhalten. Doch nicht Wenige können die digitalen Formen nicht nutzen: Sei es wegen unzureichendem Internetzugang, unzureichender hardware, wegen der erschwerten Lesbarkeit, wegen einer Behinderung oder auch einfach, weil die Kenntnisse nicht ausreichen.

Wir haben nachgefragt und die Antwort erhalten, dass es alle Leistungen auch analog gibt und dass das auch so beibehalten wird. Dennoch können Anträge oft nicht mehr zum analogen Ausfüllen heruntergeladen werden. Man findet die Anträge nicht mehr.

Hier sind zwei Anfragen zu finden:

<https://die-linke-wetterau.de/probleme-behoerden-zu-kontaktieren/>

<https://die-linke-wetterau.de/anfrage-jobcenter-app/>

Die zweite Kreisbeigeordnete, Marion Götz, weist in ihren Antworten darauf hin, dass der Kreis nicht zu Fragen antworten muss, die das Jobcenter betreffen. Wir sehen das anders. Schon zu

Beginn unserer Arbeit im Kreistag mussten wir dem damaligen Landrat Arnold vermitteln, dass der Wetterankreis gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit Träger des Jobcenters ist und damit natürlich auch zuständig. Wir können das gerne wiederholen.

Leider ist die Erreichbarkeit für Bürger:innen nicht nur im Jobcenter schwieriger geworden. In erster Linie sollte die Kreisverwaltung Dienstleister für die Bürger:innen sein.

Anfrage zum Aktionsplan Inklusion

Im Juli wurde endlich – fast 20 Jahre nach Verabschiedung der UN-Behindertenrechtskonvention – auch für den Wetterankreis ein „Aktionsplan Inklusion“ verabschiedet. Damit kam eine lange Geschichte vorläufig zum Abschluss: Schon vor 12 Jahren haben engagierte Menschen einen Aktionsplan erarbeitet, der dann wegen zu hoher Umsetzungskosten nicht im Kreistag beschlossen wurde.

Der jetzige Aktionsplan ist eine Zusammenstellung der bereits bestehenden Hilfsangebote. Ziele und weitere Entwicklungsschritte sind darin nicht enthalten. Es fehlen gänzlich die Zukunftsvorstellungen.

Immerhin gibt es ihn. Und DIE LINKE. Fraktion hat als einzige Fraktion Fragen zum Aktionsplan gestellt. Sie sind hier zu finden:

<https://die-linke-wetterau.de/anfragen-zum-aktionsplan-inklusion/>



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter!

Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der Homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber